

sprechen zahlreiche Anzeichen dafür: So sah sich selbst die pathosresistente Kanzlerin genötigt, von einem »Einschnitt für die Welt« zu sprechen, und *Der Spiegel* hält bereits das »Ende des Atomzeitalters« für gekommen.

Das aber könnte sich als reichlich vorilig erweisen. Denn viel zu sehr sind Staaten wie Japan und China, aber auch und vor allem unser Nachbar Frankreich, auf billigen Atomstrom angewiesen. Der Kampf um die Köpfe und um die richtige Politik hat also jetzt erst richtig begonnen. Eine echte Veränderung zum Positiven er-

fordert eine globale Besinnung auf die »Grenzen des Wachstums« und das Scheitern des industrialistischen Wohlstandsmodells. Momentan spricht allerdings noch wenig dafür, dass diese Hoffnung doch noch Realität werden wird – zu groß ist noch immer der globale Sog des *western way of life*. Man muss angesichts der Bilder aus Japan daher nicht zum Apokalyptiker werden, um sich dieser Tage doch an einen alten Titel von Erhard Eppler zu erinnern: *Ende oder Wende*. In der Tat, die Alternative ist gestellt, wir haben die Wahl – aber, soviel steht fest, gewiss nicht mehr lange.

Richard Meng

Zwischenruf: Scholzismus und Chamerkelon

Mut zur soliden Politik ist inzwischen sehr unterschiedlich verteilt

Olaf Scholz als Trendsetter? Darauf hätten in seiner Zeit als Bundespolitiker wenige gewettet. Die SPD aber erscheint am Hamburger Beispiel nun plötzlich wieder grundsolide. Die Kanzlerin dagegen agiert jetzt hektisch und sprunghaft, quer durch die aktuelle Themenpalette. So können sich politische Profile ändern, wenn die Lage danach ist. Ein Lehrbeispiel ist das geradezu – dafür, wie schnell sich öffentliche Eindrücke wandeln. Eine Warnung auch an alle, die selbstgewiss abschließende Wahrheiten über das Parteiensystem verkünden.

Öffentliche Interpreten wollen immer mit den Siegern sein. Auch deshalb war nach der Hamburg-Wahl schnell das Etikett Scholzismus geprägt. Vorbei ist's mit dem Scholzomat – jener abschätzigen Bewertung des Funktionärsprechers, der bei Olaf Scholz einst »Marke« war, als dieser gebetsmühlenartig die parteiamtliche Begründung der Kanzleragenda 2010 zu propagieren hatte. Scholzismus strahlt Bewunderung aus. Für den werdenden Stadt Vater, den großen Sieger. Wenn der jetzt genauso



Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

gebetsmühlenartig wiederholt, Hamburg müsse wieder gut regiert werden, dann wurde das im Lichte guter Umfragen und später eines sehr guten Wahlergebnisses als stolze hanseatische Souveränität gewertet. Als wohltuende neue Sachlichkeit.

Genau umgekehrt ist der Trend bei Angela Merkel, der man jahrelang ruhige, souveräne Strategie unterstellte, auch wenn sie öffentlich unpräzise blieb. Die selbst dann noch positiv interpretiert wurde, als längst klar war, wie gering die programmatische Ambition hinter ihrem tagespolitischen Herumlavieren ist. Seit dem Mehrheitsverlust von Schwarz-Gelb in NRW, erst recht nach dem Unionsdesaster in Ham-

burg und beim Versuch, die Verluste in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg in Grenzen zu halten, bewegte sie sich chameleonartig durch die Tagespolitik. Farbwechsel je nach Lage und Opportunität, Chamerkelon auf allen Kanälen.

Aber jetzt fällt eben doch eher auf, wie substanzlos wahltaktisch das meiste von dem ist, was Kanzlerin und Unionsspitze anrührten. Von Stuttgart 21 bis zur Euro-Krise, von der hektischen AKW-Abschaltshow bis zum peinlichen Zick-Zack in der Libyenpolitik: Da ist nur mehr Defensive. Und mittlerweile setzt sich deshalb ein wenig schmeichelhaftes Merkelbild in der Öffentlichkeit fest. Eines, in dessen Zentrum ein neues Grundgefühl steht: dass von dieser Kanzlerin nicht mehr viel erwartet wird.

So sind sie eben, die öffentlichen Interpretationen – könnte man sagen. Gleichwohl: Hinter dem veränderten öffentlichen Blick lassen sich grundlegendere Konstanten erkennen. Weil nämlich konservative Regierungen in Deutschland, wenn ihnen die politische Mitte davonzulaufen drohte, immer wieder zum Lavieren tendierten und zum Versuch des Aussitzens, Handlung nur vortäuschend. Und weil Sozialdemokraten genau dann besonders erfolgreich waren, wenn sie es geschafft haben, die Brücke zu schlagen zwischen sozialem Zusammenhalt und wirtschaftlichem Fortschritt. Weil dieser Brückenbau, wie er in Hamburg gelang, so etwas ist wie die Bestimmung sozialdemokratischer Regierungspraxis schlechthin, gerade nach Phasen diverser Abspaltungen in links-grüne Richtung.

Mut zu solider, sachorientierter Politik: Darum geht es. In der – zugegeben – exzellenten Ausgangssituation der SPD in Hamburg nach dem Zusammenbrechen jenes schwarz-grünen Senats, der einst als Medientraum gestartet war, ist die Chance dazu da. Scholz verkörpert sie: eine SPD, die sich gelassen und optimistisch den liegengebliebenen Fragen stellt. Die sich nicht aus tiefer innerer Verunsicherung in falsche Gegensätze treiben lässt, zum Beispiel den

zwischen Wirtschaftskompetenz und sozialer Verantwortung.

Da passt plötzlich wieder etwas zusammen, was zusammen gehört. Und es sage niemand, dies sei nicht auch zu einem gehörigen Anteil politische Psychologie. Denn es ist schließlich dieselbe Hamburger SPD, die vor ein paar Jahren noch zerrissen und kleinmütig war, was dann von jeher gerne zur Ideologisierung interner Konflikte führt. Das Sein prägt das Bewusstsein, auch in solchen Fragen innerparteilichen Selbstbewusstseins.

Der öffentliche Eindruck hat gewiss immer mit dem Zustand der politischen Gegenseite zu tun, vor allem indes mit der Ausdruckskraft der jeweiligen Führungsfiguren. Gerade deshalb ist im Bund jetzt der Blick auf die Kanzlerin so bedeutsam. Die von Schwarz-Gelb 2009 in Aussicht gestellten Impulse waren sowieso schon minimal genug gewesen, doch selbst davon ist kaum mehr etwas übrig. Der »Herbst der Entscheidungen« war eine Inszenierung ohne Tiefgang. Die vorgebliche Berliner Atomwende im Vorfeld der Frühjahrswahlen war vor allem Merkelsche Stimmungspolitik. Opportunität pur, kurzfristig gedacht. Neu proklamierte Ziele ohne ausformulierte Wege dorthin. Auch bei der Bundeswehrreform war das schon so gewesen.

Gutes Regieren sähe anders aus. Und mit jedem Bundesland, das der CDU wegbreicht, wird ja auch der reale Durchsetzungsspielraum enger, wächst in der Tagespolitik im Bund der Konsensdruck in Richtung großkoalitionärem Interessenausgleich. Für die SPD kann das nur bedeuten, dass sie spätestens jetzt beginnen muss, neben der Tagespolitik anspruchsvollere Konzepte deutlich zu machen. Denn wie zeigte schon Hamburg: Selbst wenn es sich aus Wählersicht zunächst überwiegend um eine Abwahl einer gescheiterten Mehrheit handelt – richtig konsequent fällt diese Abwahl nur aus, wenn die Alternative personell vertrauenswürdig und inhaltlich souverän daher kommt.